

DIE RECHTSHISTORISCHE DIMENSION DES LANGEN 19. JAHRHUNDERTS EIN VORWORT

BALOGH Elemér
Universitätsprofessor

Universität Szeged

Unsere Tagung im Jahr 2018 sollte an die geschichtswirksamen Entwicklungen und Ereignisse vor 100 Jahren erinnern. Damals endete nicht nur der ‘große Krieg’, wie der Erste Weltkrieg zunächst genannt wurde, sondern zugleich die kulturgeschichtliche Epoche des ‘langen 19. Jahrhunderts’.

Andere Wissenschaftler mögen dabei in erster Linie an die Romantik denken, die dieses Jahrhundert beschert hat, wir konstatieren die Umbrüche in der Rechtsgeschichte. Noch am Ende des 18. Jahrhunderts war mit der großen französischen Revolution das *Ancien régime* zu Ende gegangen. Die Kriege der napoleonischen Zeit hatten zwar Millionen Menschen das Leben gekostet, der Stil der Kriegsführung war aber noch der des *Ancien régime*, insofern nach Spielregeln auf Schlachtfeldern außerhalb von Städten und Dörfern gekämpft wurde und die Zivilbevölkerung nicht Ziel von Angriffen war, so wenig wie kulturelle Objekte; wenn Napoleon Kunstschatze raubte, dann nicht, um sie zu zerstören, sondern sich ihrer zu bemächtigen. Mein Großvater von väterlicher Seite hatte alle vier Kriegsjahre an den verschiedenen italienischen Frontabschnitten gekämpft und erzählte, wie bei Kriegsende die Soldaten in die Heimat zurückgeströmt sind, um ihr Leben an der Stelle fortzuführen, an der es unterbrochen worden war. Unfassbar war ihnen und ihrer ganzen Generation, dass damals zwei Drittel vom ungarischen Heimatland abgeschnitten und viele Familien mitten durchgeschnitten worden sind.

Die fehlende Rücksicht des Versailler Vertrag auf Völker und Staatsgrenzen gleicht darin der Haltung des *Ancien régime*, und dies am Ende des Jahrhunderts, an dessen Anfang Nationalismen so bestimmend für den Geschichtsverlauf geworden waren und die Romantik den Sinn für den Eigenwert von Personen wie von Nationen geweckt hatte. Den davor in Europa regierenden Fürsten konnte Nationalismus nicht vorgeworfen werden, dem stand schon ihr über die Ländergrenzen hinausgehender Heiratskreis entgegen. Was in der politischen Praxis etwa eines Ludwig XIV. allerdings auf das gleiche hinauslief, war von persönlichem Machtstreben und Ruhmsucht verursacht. Der Nationalismus war zuerst im revolutionären Frankreich aufgetreten und hatte dann infolge von Napoleons Gewaltherrschaft auf die sich von ihm befreienden Völker übergegriffen.

Die Fortbildung der das Recht tragenden Ideen machte auch im 19. Jahrhundert vor europäischen Staatsgrenzen nicht halt: die Ideen von, Rationalität, Rechtsgleichheit, Liberalismus, Kodifikation, und Systemorientierung waren überall, wenn auch nicht gleichzeitig die Richtpunkte der Entwicklung.

Rationalität stand seit Descartes auf der Fahne der Wissenschaft. Ihr war der bereits die Aufklärung gefolgt, und das gerade im Recht. Der Kampf gegen Folter, Hexenprozesse und

irrationale Beweisformen wie das Gottesurteil fällt das 18. Jahrhundert und kann im 19. als siegreich beendet gelten. Im Prozess zunehmender Rationalität der Rechtspflege entstand über die Verschriftlichung hinaus das Ideal der Kodifikation als umfassende Verschriftlichung zunächst von Teilgebieten, wofür die Peinliche Halsgerichtsordnung Kaiser Karls V. ein Beispiel schon aus dem 16. Jahrhundert ist. Im 18. Jahrhundert hat das preußische Allgemeine Landrecht von 1794 das gesamte allgemeine Preußische Recht vereinigt, auch das öffentliche Recht mit Ausnahme der Staatsspitze: für seine Monarchie nahm der das Gesetz erlassende König unausgesprochen eine natürliche Legitimität in Anspruch. Das gilt ebenso für die revolutionäre französische Verfassung von 1791, die zwar die innerfamiliäre Thronfolge nach der überkommenen Regel kodifiziert hat, die Bourbonen aber als gleichsam ewige Familie behandelte. Das blieb so in allen konstitutionellen Monarchien bis zu deren Untergang.

Der Gleichheitsgedanke ist ein Element des Rechtsbegriffs. Die Rechtsgeschichte ließe sich als ein Fortschreiten in der Verwirklichung von Gleichheit schildern. Den Gleichheitsgedanke der französischen Revolution hat Napoleon aus eigenem Interesse übernommen, weil keine Gesellschaft beherrschbarer ist als eine Gesellschaft von Gleichen, beherrschbar für den einzigen Ungleichen. Doch blieb die Gleichheit vor dem Gesetz ein Vermächtnis für das 19. Jahrhundert.

Eine wesentliche Facette der Gleichheit als Motiv der Rechtsentwicklung stellt der Liberalismus dar. *‘liber’* heißt römisch *‘frei’*. Der Liberalismus vertrat gegen den überkommenen staatlichen Merkantilismus und das ständische Zunftwesen das Prinzip wirtschaftlicher Handels- und Handlungsfreiheit, die im 19. Jh. zunächst für die Gewerbe und Handel treibenden *‘Besitzbürgern’* gefordert und verwirklicht wurden, von da aus gemäß der Ausdehnungstendenz des Gleichheitsgedankens aber nach oben und besonders nach unten auf die anderen Schichten und damit auf alle *‘Staatsbürger’* erfasste und im weiteren Verlauf die Beschränkung auf die Wirtschaft hinter sich gelassen hat. Der Liberalismus hat aber nie die Gesellschaft als Masse von Gleichen angestrebt, sondern den einzelnen aus Schranken befreit, damit er seine individuellen Anlagen entwickeln könne.

Nur die von der französischen Revolution sowohl angestoßenen als auch schon ausgearbeiteten Grund- und Menschenrechte hat keine der Verfassungen des 19. Jahrhunderts übernommen. Doch hat die wirtschaftliche Handlungsfreiheit des Liberalismus einen grundrechtlichen Aspekt. Dagegen ist die demokratische Idee von der französischen Revolution ebenso angestoßen wie durch unmäßige Betätigung mit Folge für das ganze 19. Jahrhundert desavouiert worden. Nur das Wahlrecht zu den Ersten Kammern der Parlamente hat den partizipatorischen Aspekt bewahrt, der infolge des Zensus allerdings lange auf das Besitzbürgertum beschränkt blieb, infolge von dessen allmählicher Absenkung aber gestärkt wurde, ohne im 19. Jahrhundert schon die volkssouveräne Ebene des allgemeinen Wahlrechts zu erreichen.

Die Rechtsentwicklung des 19. Jahrhunderts ist aber nicht nur rechtspolitisch, sondern auch wissenschaftlich bewegt worden. Dafür ist bedeutsam, dass das Recht seit dem Mittelalter im Rang an zweiter Stelle nach der Theologie, vor Medizin und Philosophie an Universitäten gelehrt und gelernt wurde. Während die Rechtswissenschaft des 18. Jahrhundert im Zusammenhang der Aufklärung praktisch orientiert war, trat mit dem 19. Jahrhundert die Geschichte von Recht in den Vordergrund, aber nicht in einem antiquarischen Sinn, sondern, in Deutschland in Nähe zur Romantik, sinngebend. Haupt der historischen Rechtsschule war Karl Friedrich von Savigny; er erforschte das seit dem Mittelalter in der

Verarbeitung des römischen Rechts entstandene ‘Juristenrecht’ und stellte dieses als dem ‘Volksgeist’ entsprechend allem gemachten Gesetzen, in seiner Zeit dem französischen *Code civil*, entgegen. Die verschiedenen Lebenssachverhalte wie Eigentum und Ehe, sah man durch juristische Institutionen geordnet; diese standen im Vordergrund, nicht die Imperative von Befehl und Gehorsam, ‘wenn’ und ‘dann’. In der zweiten Jahrhunderthälfte wurde daraus die sogenannte Begriffsjurisprudenz, die unter dem Eindruck einerseits der Philosophie, andererseits der Naturwissenschaften aus juristischen Begriffen stringente Rechtsfolgen ableiten wollte. Dieser Richtung förderte nicht nur die genaue Definition der Rechtsbegriffe, sondern auch ihre klare Systematik, beides unverzichtbar für eine rechtsstaatliche Ordnung.

Heutige Gedanken zur Rechtsentwicklung können aber nicht wie im 19. Jahrhundert zwar Einflüsse von außen zulassen, aber nur den eigenen Staat zum Bezugspunkt nehmen. Denn Europa ist ein eigener Rechtsraum für mehrere Staaten. Eine Lehre aus der Vergangenheit seit dem 19. Jahrhundert besagt, dass die eingangs genannten Richtpunkte der Entwicklung nicht vereinzelt und isoliert verfolgt werden dürfen, sonst endet die Gleichheit in einer gestaltlosen Masse, die Freiheit in Anarchie, die Nationalismen in Weltkrieg, Demokratie in Chaos. Die hier maßgebenden modernen Rechtsbegriffe von Verhältnismäßigkeit und Abwägung waren dem 19. Jahrhundert noch unbekannt.